

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Sehr geehrter Herr Landrat

Viel wird der Landkreis in 2017 nicht investieren können. Dieses Fazit lässt sich nach Vorlage des Haushaltsplans ziehen, wenn man das Zahlenwerk mit einer gewissen pessimistischen Grundhaltung betrachtet.

Und es ist ja auch nicht ganz falsch zu sagen, dass wir zum Beispiel nur dann Kreisstraßen sanieren oder ins Breitbandnetz investieren können, wenn wir Zuschüsse bekommen und Kredite aufnehmen.

In diesem Fall tut ein Perspektivwechsel gut. Betrachten wir den Haushalt mit einer positiven Grundeinstellung, dann kommen wir zu dem Ergebnis: Wir sind froh, dass der Landkreis seinen Verpflichtungen noch nachkommen und die Aufgaben so erfüllen kann, wie sie der Gesetzgeber vorschreibt.

Natürlich wünscht sich gerade auch die Frauenliste mehr Spielraum für Kreativität und bürgernahe Investitionen. Aber wäre dieses männerdominierte und von trockenem Verwaltungssachverstand geprägte Gremium überhaupt zu zeitgemäßen, modernen und auch unkonventionellen Investitionen bereit? Wir haben unsere Zweifel.

Politik ist bekanntermaßen kein Wunschkonzert, vor allem dann nicht, wenn man sieht was Bund und Land bei den Kommunen und Landkreisen bestellen, und wer dann zum Schluss die Rechnung bezahlt.

Das Krankenhaus zum Beispiel. Die Klinik arbeitet nicht schlecht. Aber sie ist schlichtweg damit überfordert, wenn es neben einem positiven Geschäftsabschluss, auch noch die Unterhaltsversäumnisse des Landes Baden-Württemberg erwirtschaften soll. Für die Rahmenbedingungen ist das Land zuständig, nicht der Kreis. Hier wünschen wir uns vom Land eine ehrlichere Politik und eine aufgabenkonforme Zuweisung von Landesmitteln. Privatisierung löst die Probleme jedoch nicht, die uns das Land beschert. Eine Aufgabe für den Landkreistag, denn unsere Klinik ist wahrlich nicht die einzige, die davon betroffen ist.

Der von Ihnen, Herr Landrat prognostizierte Abmangel der KLF für 2017 von knapp unter 5 Millionen ist nach 6 Millionen in 2016 und 7,5 Millionen Euro in 2015 als erfreulich und auf einem guten Weg zu bezeichnen. Gleichwohl zeigt die Erfahrung

auch, dass nicht alle Prognosen eintreten müssen und das Gesundheitswesen jede Menge Unwägbarkeiten hat.

Privatisierung ist und bleibt aber auch in Zukunft keine Alternative für die Frauenliste.

Wären überwiegend Männer von den negativen Folgen einer Privatisierung betroffen, gäbe es mehr Männer in der Krankenpflege, mehr männliche Hilfskräfte oder mehr Putzmänner, würde die, immer wieder von der FDP ins Spiel gebrachte Privatisierung möglicherweise gar kein Thema sein.

Wichtig gerade für Frauen ist auch der Erhalt der Neonatologie. Es ist für uns absolut unakzeptabel, wenn diese vorübergehend wegen Personalmangel geschlossen wird. Die Außenwirkung ist fatal. Wenn Schwangere nicht die Gewissheit haben, dass ihr Kind bestens versorgt ist, gehen sie in andere Kliniken.

Die Meldung im Schwarzwälder Boten, dass Frau Yu in Obertal den Bau eines OP Saals plant für Augenheilkunde und Dermatologie, hat uns auf den Plan gebracht. Warum geht das Krankenhaus hier keine Kooperation ein. Warum bietet man ihr nicht an, sich am Krankenhausneubau mit einzubringen und bis dahin vorübergehend die OP-Säle in Freudenstadt mitzubenutzen. Samstags beispielsweise glauben wir kaum, dass unsere OP-Säle von morgens bis abends ausgelastet sind. Wir fordern den Geschäftsführer unseres Krankenhauses dazu auf, dringend in Kontakt mit Frau Yu zu treten, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit ihr auszuloten.

Wir freuen uns, dass der Kreistag mit seinem Grundsatzbeschluss den Teilneubau der Klinik auf den Weg gebracht hat und halten daran fest.

Uns bereitet der Abmangel bei der KLF keine schlaflosen Nächte. 6 Millionen entsprechen 4,2 Prozent des Kreishaushaltes. Was uns besorgt, ist die Höhe der Sozialausgaben, die am Haushaltskuchen 35 Prozent ausmachen. Das meine Damen und Herrn ist eine Zahl über die wir uns hier im Kreistag den Kopf zerbrechen sollten. Es ist zwar erfreulich, dass im Jugendamtsbereich rund 1 Million weniger eingestellt werden müssen, dafür erfordert das Sozialamt aber Mehrausgaben in dieser Höhe.

Das lässt uns nicht kalt, denn hinter diesen Summen stehen menschliche Schicksale. Und wenn wir uns eine Studie der Bertelsmann Stiftung zu Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche anschauen, die im September dieses Jahres veröffentlicht wurde, ist das erschreckend. Auch in unserem Landkreis wächst die Kinderarmut seit 2011.

2015 weist die Studie für unseren Landkreis 1061 Kinder in Hartz-4-Familien aus. Wobei die Kleinsten am häufigsten betroffen waren. 2011 waren es laut Studie noch 638 Kinder. Auch wenn sich dieser Abwärtstrend konkret nicht in den Haushaltspositionen widerspiegelt, muss auch der Landkreis überlegen, ob wir alles

tun, um die Kinderarmut einzudämmen. Denn Kinderarmut hat Folgen für das ganze Leben.

Die Sozialausgaben werden immer als starre unabänderliche Größe dargestellt. Wir Frauen sind da anderer Ansicht. Und um es gleich vorweg zu nehmen. Es geht uns nicht darum hier mit der Machete durchzugreifen, Stellen zu kürzen, Gelder zurückzunehmen oder ähnliches in dieser Richtung. Uns geht es darum, auf vielen Ebenen noch bessere Präventionsarbeit zu leisten, um wirkungsvoll die Kosten im sozialen Bereich zu minimieren. Wie kann man das anstellen? Der erste Schritt dazu müsste es sein, Fachleute aus diesem Bereich zu uns nach Freudenstadt zu holen, mit ihnen Zukunftsvisionen entwickeln.

Aus diesem Grund beantragen wir dieses große Thema in einer Klausurtagung mit Fachleuten, Wissenschaftlern und Visionären von allen Seiten zu beackern, um dann neue innovative Wege zu gehen, um in der Zukunft diese enormen Summen zurückfahren zu können.

Zuvor wäre es gut, wenn das Sozial- und/oder Jugendamt den Kreistag über die Entwicklung von Armut in unserem Landkreis berichtet.

An den allgemeinen Personalkosten des Landratsamtes wollen wir nicht rütteln. Die Verwaltung hat ihren Beitrag dazu bereits geleistet. Weitere Sparmaßnahmen halten wir für unverantwortlich und unzumutbar. Auch hinsichtlich der Altersstruktur unserer Beschäftigten mit einer deutlichen Spitze in der Altersgruppe der 46 bis 60-Jährigen, sollten wir zusehen, dass wir als Landkreis ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, der junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen kann.

Attraktiv heißt auch anders. Wir fordern die Verwaltung auf, nicht nur auf den üblichen, eingetretenen Wegen um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu werben, denn das machen alle Städte. Mehr Geld, flexible Arbeitszeit und Arbeitszeitkonten, die gibt es auch bei anderen Verwaltungen. Also müssen wir uns zusätzlich überlegen, was macht den Unterschied. Warum sollen sich junge Menschen gerade für unser Landratsamt in Freudenstadt entscheiden. Und ebenso wichtig, wie können wir unsere guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin halten.

Wie wäre es beispielsweise mit einem eigenen Fitnessraum im Landratsamt, einen Eltern-Kind- Raum, indem Eltern ihre Kinder selbstverständlich mitnehmen können, wenn gerade mal keine Betreuung möglich ist.

Wie wäre es, wenn es hier die Möglichkeit gebe, die Arbeit mit nach Hause zu nehmen, wenn die Kinder krank sind, um dort zu arbeiten. Vertrauensarbeitszeit ist auch so ein Schlagwort.

Es gibt in der Privatwirtschaft Firmen, die Waschmaschinen und Trockner in ihrem Betrieb haben, damit ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das nebenher erledigen

können. Es gibt Firmen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erlauben ihre Hunde mitzunehmen. Es gibt viele für ihre Familienfreundlichkeit ausgezeichnete Betriebe, von denen man solche Dinge übernehmen kann. Ausgezeichnet wurde beispielsweise Hamburgs größtes Krankenhaus das 250, ich wiederhole 250!!! lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle für sein Personal bereithält. Unter den Preisträgern gibt es aber auch ganz kleine Firmen, die ganz selbstverständlich jedes Jahr ein Familienfest veranstalten oder die Kinder der Eltern immer wieder zu besonderen Erlebnissen einladen.

Auch wenn dieses Thema für Männer und Frauen gleichermaßen gilt. So liegt der Fokus unserer Politik selbstredend bei den Frauen. Dafür sind wir angetreten und dafür wurden wir gewählt. Chancengleichheit ist uns wichtig. Frauen sind in vielen Teilen dieser Gesellschaft unterrepräsentiert. Selbst beim jährlichen Neujahrsempfang der Kreissparkasse zusammen mit dem Landkreis sind die Redner Männer. Hier wäre eine Abwechslung wünschenswert. An kompetenten Rednerinnen fehlt es nämlich nicht.

Frauen fehlen aber vor allem dort, wo wichtige Entscheidungen getroffen werden. Man sieht es hier im Kreistag, in vielen kommunalen Parlamenten im Landkreis und in der Wirtschaft.

Mit dem im Februar beschlossenen Chancengleichheitsgesetz soll die Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg verwirklicht werden. Deshalb muss auch unser Landkreis 2017 eine Gleichstellungsbeauftragte einstellen.

Der Landkreis erhält dafür eine jährliche pauschale Erstattung für den Personal- und Sachaufwand. Für eine 50 Prozentstelle sind das 21.250 Euro. Im Haushalt hat die Verwaltung lediglich eine solche 50-Prozentstelle vorgesehen, obwohl es ebenfalls Zuschüsse in Höhe von 42 000 Euro auch für eine Ganztagesstelle gibt.

Für uns Frauen ist es völlig unverständlich, warum die Verwaltung in diesem Bereich, glaubt eine Halbtagesstelle dafür würde genügen, zumal das Kreiskrankenhaus selbst auch keine Gleichstellungsbeauftragte hat und es gerade in diesem Bereich überaus wichtig wäre.

Uns ist diese Stelle ein sehr großes Anliegen und wir haben den Eindruck, dass es vielen hier im Raum gar nicht klar ist, wie groß das Aufgabenfeld ist. In unserem Antrag haben wir das ausführlich dargestellt. Hier in unserer Rede möchte ich auch einige Bereiche nennen:

Die Gleichstellungsbeauftragte im Landratsamt ist nicht nur für die eigenen Mitarbeiterinnen des Hauses zuständig, sondern soll grundsätzlich Ansprechpartnerin für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises sein. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landkreiskommunen, Institutionen/Vereinen, die

keine Gleichstellungsbeauftragte haben, können sich an die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises wenden.

Sie kann auch Ansprechpartnerin für Migrantinnen im Landkreis sein und Unterstützung bei der Integration weiblicher Flüchtlinge bieten. Immerhin leben derzeit 18 allein reisende Frauen als Flüchtlinge in unserem Landkreis, weitere leben in der Obhut von Familienangehörigen.

Die Gleichstellungsbeauftragte nimmt Vorschläge entgegen, wie sich die Situation von Frauen im Landkreis Freudenstadt verbessern lässt und hilft bei deren Umsetzung. Sie informiert über Frauenförderung und bewusste Männerarbeit und ist Referentin für geschlechtsspezifische/Frauenspezifische Themen oder vermittelt Referentinnen. Sie hält Kontakt und arbeitet mit anderen Frauengruppen und Netzwerken im Landkreis.

Sie bearbeitet Themen wie Förderung des Bewusstseinswandels in unserer Gesellschaft hin zur Gleichstellung von Mann und Frau, Abbau von Rollenklischees, Vereinbarkeit Familie und Beruf, Vereinbarkeit Beruf und Pflege, Entgeltgleichheit, Stärkung der Berufsrückkehrerinnen und Alleinerziehenden, Gewalt gegen Frauen oder Frauengesundheit. Sie bietet dazu, auch in Kooperation mit anderen Organisationen/Vereinen, Vorträge, Projekte, Workshops, Schulungen an, organisiert Ausstellungen.

Sie sehen die Liste ist sehr lang. Wir fragen uns, wie eine Gleichstellungsbeauftragte diese Aufgabenfülle mit einer 50-Prozentstelle bewerkstelligen soll. Wir stellen deshalb den Antrag, die Stelle mit 100 Prozent im Haushalt 2017 einzustellen. Eine Alternative wäre, diese Entscheidung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, eine Gleichstellungsbeauftragte in den Kreistag einzuladen und uns aus erster Hand über die Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten informieren zu lassen. Wir stellen gerne unsere Kontakte zur Verfügung und nennen Ihnen geeignete Referentinnen.

Gleichstellung hat für uns auch etwas mit Gleichbehandlung und Respekt zu tun. Respekt vor der Leistung unserer Tageseltern, die sicherlich die flexibelsten aller Kinderbetreuungsangebote organisieren und dafür mit einem Hungerlohn abgefertigt werden.

Die Politik lobt dieses Engagement bei jeder sich bietenden Gelegenheit, aber wenn es ans Bezahlen geht, fehlt der Mut, mehr zu zahlen als den von den kommunalen Landesverbänden und Kirchen empfohlene Gebühr.

Wir fragen uns, welcher Unternehmer, und als solche sind Tagesmütter zu betrachten, ließe sich von außen vorschreiben, welches Honorar er kassiert, oder welcher Unternehmer ließe sich das Honorar von städtischer Stelle unter den Mindestlohn rechnen. Das sind ganz ungute Entwicklungen, die die Frauenliste zutiefst ablehnt. Wir zumindest loben die Arbeit der Tagesmütter nicht nur, sondern sind auch bereit für eine gerechtere Bezahlung der Tagesmütter die Gebühren zu erhöhen.

Wir stellen daher den Antrag, dass das Jugendamt darlegt, in welchem Maß sich die Ausgaben für die Tageselternbetreuung erhöhen werden, wenn der Satz sukzessive auf Mindestlohnhöhe angehoben wird. Danach sollten wir nochmals über die Finanzierung sprechen.

Noch ein Frauenthema: Die Kontaktstelle Frau und Beruf. Vor kurzem feierlich eingeweiht freuen wir uns sehr, dass nun auch Frauen unseres Landkreises, seien es Berufsanfängerinnen, Wiedereinsteigerinnen oder Frauen die sich neu orientieren oder zugezogen sind diesen individuellen Service nutzen können.

Wir haben uns seit Einzug der Frauenliste in den Kreistag für dieses Thema stark gemacht, beim Ministerium und den in Frage kommenden Trägern immer wieder nachgehakt. Jetzt sind wir froh, dass sich unser Engagement gelohnt hat und unserem Wunsch entsprochen wurde, in Nagold einen zweiten Beratungsstandort mit festen Sprechzeiten anzubieten, der für die Frauen unseres Landkreises schnell zu erreichen ist.

Transparenz und nachvollziehbare Entscheidungen sind für uns ebenfalls ein wichtiges Thema. Haben Bürger eine Holschuld bei wichtigen Informationen oder hat der Landkreis nicht auch eine Bringschuld?

Wir haben auf der einen Seite die Presse, die im Idealfall uns und den Lesern einen Blick und Einschätzung von außen auf unsere Arbeit gibt. Darüber berichtet und sie kommentiert. Aber zur Öffentlichkeitsarbeit gehört für uns auch der direkte Draht zum Bürger. Das Internet gibt uns dazu die Möglichkeit. Solange die Sitzungsunterlagen nicht auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht werden, können die Bürgerinnen und Bürger nicht ersehen, welche Themen zur Entscheidung anstehen und zu welcher Sitzung sie selbst kommen wollen, weil sie entweder betroffen oder interessiert sind.

Umfassend informierte Bürgerinnen und Bürger können viel besser nachvollziehen auf welcher Grundlage der Kreistag seine Entscheidungen trifft und zum Beispiel ihre Überlegungen im Vorfeld, nach Studium der Sitzungsvorlage, an Kreisrätinnen und Kreisräte weiterleiten. Umfassend informierte Bürgerinnen und Bürger sind zudem besser gewappnet gegen populistische Strömungen.

Wir fordern daher, dass das Landratsamt mit Hochdruck daran arbeitet, die öffentlichen Sitzungsunterlagen zum Download bereitzustellen.

Wir berufen uns dabei auf das Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften. Dort ist in Paragraf 36 a geregelt, dass (Zitat) „die der Tagesordnung beigefügten Beratungsunterlagen für öffentliche Sitzungen auf der Internetseite des Landkreises zu veröffentlichen sind, nachdem sie den Mitgliedern des Kreistags zugegangen sind.“ (Zitatende).

Wenn wir schon bei diesem Gesetz sind. Es wurde auch erlassen, weil die damalige Regierung die Mitwirkungsrechte der Kommunalpolitiker stärken wollte. Da nehmen wir die Politik gerne beim Wort.

Wir die Frauenliste, haben keinen Fraktionsstatus. Dazu müssten wir zu dritt sein. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wenn das Gesetz nun die Möglichkeit gibt, warum wir an der willkürlich festgelegten Zahl von drei festhalten sollen. Fakt ist, wir haben Nachteile wegen des fehlenden Fraktionsstatus. Solche informeller Art, weil wir nicht an den Sitzungen der Fraktionsvorsitzenden teilnehmen dürfen und finanzielle, weil uns die monatliche Zahlung durch den Landkreis entgeht. Auch das hat etwas mit Gleichbehandlung und Respekt zu tun.

Deshalb stellen wir den Antrag, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass die Mindestzahl für den Fraktionsstatus bei uns im Kreistag von 3 auf 2 Mitglieder des Kreistags reduziert wird.

Dieser Antrag, da nicht haushaltsrelevant, braucht jetzt nicht sofort behandelt werden. Uns reicht die Zusage, dass unser Antrag in einer der ersten Sitzungen im neuen Jahr auf die Tagesordnung kommt.

Vor fast genau einem Jahr ging es hier in diesem Gremium um die Kulturförderung im Landkreis. Das Projekt Zukunft in Horb bat um finanzielle Unterstützung. Wir haben damals einen einmaligen Zuschuss von 5000 Euro gewährt.

Die Verantwortlichen sagen uns immer wieder, wie hilfreich dieses Geld in einer finanziell prekären Situation gewesen ist. Die Situation dieses Kulturbetriebes hat sich leider nicht entspannt. Im Gegenteil. Es stehen Investitionen an.

Die Kultur im Kloster braucht eine neue Lichtanlage, eine neue Bestuhlung, einen feuersicheren Vorhang. Im nächsten Jahr gibt es wieder ein Kulturhighlight im Ostkreis, das Horber Straßentheaterfestival, das das Budget des Vereins zusätzlich belastet.

Wir erinnern daran, dass wir vor einem Jahr darüber gesprochen haben, gemeinsam mit der Verwaltung ein Förderprogramm für Kultureinrichtungen im Landkreis aufzulegen. Wir stellen ganz konkret diesen Antrag noch einmal.

Begründung:

Ehrenamtlich geführte Kulturbetriebe brauchen Planungssicherheit. Kulturbetriebe, die weit über den Landkreis hinauswirken sind für einen touristisch geprägten Landkreis besonders wichtig.

Kulturbetriebe in ehrenamtlicher Trägerschaft leisten so viel für unsere Gesellschaft und haben deshalb eine finanzielle Unterstützung verdient.

Lassen Sie uns darüber reden, wie wir ein Förderprogramm auflegen können, von dem unsere ehrenamtlichen Kulturprogrammanbieter im Landkreis profitieren.

Verlässliche Zuschüsse für unsere Kulturbetriebe bedeuten für uns auch eine Wertschätzung der ehrenamtlich geleisteten Arbeit.

Neben Wirtschaftsstärke (Hightech) und Natur (Tannenduft) sollten wir als drittes Standbein mit der Kultur werben: Kultur mit Niveau und das bieten viele Kultureinrichtungen in unserem Landkreis.

Was uns als Neulinge im Kreistag etwas betrübt ist die Erfahrung, dass oftmals die alten Hasen sich schwer tun neue Ideen in Ruhe zu überdenken und bereit sind neue Wege zu gehen.

Auf Unverständnis stößt bei uns, wenn allseits das Sterben der landwirtschaftlichen Höfe beklagt wird, dann aber ein Vorschlag der Grünen, sich nochmals intensiv mit dem Thema zu beschäftigen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, abgelehnt wird. Solche Vorgehensweise macht unsere Arbeit als Kreisräte in den Augen der Öffentlichkeit unglaubwürdig.

Wir haben darüber nachgedacht, wie man der Landwirtschaft, in diesem Fall den Milchbauern im Kleinen und sofort helfen könnte. Es gibt Milchmarken, die ihren Produzenten gerechte Löhne zahlen. Die Marke „Faire Milch“ gehört dazu. Wir schlagen vor, alle Schulen darauf hinzuweisen, dass sie für die Pausenstärkung kleine Kakao-Trinkerle ins Pausensortiment aufnehmen und zum Kauf anbieten. Das trägt dazu bei, dass sich Kinder und Jugendliche schon früh als Verbraucher mit Erzeugerpreisen auseinandersetzen und erfahren, dass man mit dem eigenen Einkaufsverhalten Verantwortung für Natur und Umwelt übernehmen und dazu beitragen kann, dass Landwirte gerechte Erzeugerpreise erhalten. Zum Schluss noch eine Anmerkung zum Beratungsverhalten dieses Gremiums. Vieles geht uns hier im Gremium zu hoppla hopp, weil schon andere Termine, vor allem der Bürgermeister, anstehen und sie weiterziehen müssen. Vielleicht sollte auch hierrüber einmal gesprochen und nach neuen Wegen gesucht werden, damit wir alle unsere Aufgaben, die uns übertragen wurden, gerecht werden. Die Menschen haben uns gewählt, damit wir in Ruhe beraten, Argumente sorgfältig abwägen, um dann zu entscheiden.

Wir danken, Ihnen Herr Landrat und allen Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag herzlichen Dank für das kollegiale Miteinander.

Die Wählervereinigung „Frauen in den Kreistag“ stimmt dem Haushalt 2015 in der von der Verwaltung vorgelegten Version zu.

Wir wünschen Ihnen allen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr.

Bärbel Altendorf-Jehle und Martina Lachenmaier